

Syrien-Kämpfer machen Bremen zu schaffen

Islamismus dominiert Verfassungsschutzbericht / Mäurer fordert Präventionsprogramm

VON RALF MICHEL

Bremen. Im Kampf gegen den islamistischen Terror setzt Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) auf ein nationales Präventionsprogramm. Das bisherige Klein-Klein in diesem Bereich sei keine adäquate Antwort auf die Bedrohungslage, erklärte Mäurer am Dienstag im Rahmen der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2014. „Das ist eine Aufgabe des Bundes, der dafür Mittel zur Verfügung stellen muss.“

Der Islamismus sei 2014 das dominierende Thema gewesen, zogen Mäurer und der Leiter der Landesbehörde, Hans-Joachim von Wachter, ein Fazit zur Arbeit der Bremer Verfassungsschützer im vergangenen Jahr. Bundesweit seien bislang mindestens 680 Personen aus islamistischer Motivation nach Syrien oder in den Irak ausgehert. Aus Bremen seien es 20 Erwachsene und Jugendliche mit elf Kindern gewesen. „Eine relativ starke Gruppe“, bewertet Mäurer diese Zahl. Vier von ihnen sollen im Kriegsgebiet inzwischen ums Leben gekommen sein. Für den Innensenator ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich nicht um Pilgerreisen gehandelt hat. Die Betroffenen hätten sich aktiv an den Kämpfen des Islamischen Staates (IS) beteiligt.

Für Hans-Joachim von Wachter besteht denn auch kein Zweifel an dem „unbedingten Willen dschihadistisch ausgerichteter Gruppen, jede sich bietende Gelegenheit für einen Anschlag in einem westlichen Staat zu nutzen“. Die Ereignisse seit Beginn des Jahres hätten die konkrete Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und dessen Nähe zu Bremen deutlich unter Beweis gestellt, schlug Innensenator Mäurer in dieselbe Kerbe.

Die größte Gefahr geht dabei laut Sicherheitsbehörden von fanatisierten Einzeltätern oder Kleinstgruppen aus. Dieser Täter-



Verfassungsschützer Hans-Joachim von Wachter (links) und Ulrich Mäurer. FOTO: KOCH

typus entspreche den strategischen Überlegungen von IS und Al-Kaida, betonte Mäurer und kündigte an, dass die Beobachtung dieser Szene auch 2015 zentrales Thema beim Verfassungsschutz sein werde. Auf wem dabei der Fokus liegt, sagt er ganz deutlich: Nach dem Verbot des „Kultur- und Familienvereins“ (KuF) stehe in Bremen nur noch eine zentrale Anlaufstelle für Salafisten zur Verfügung: das „Islamische Kulturzentrum“ (IKZ), das zuletzt im Zuge der Terrorwarnung Ende Februar durchsucht worden war.

Die Zahl der Salafisten beziffert der Verfassungsschutzbericht 2014 auf 360. Anders als im Bundesgebiet, wo sie sich in den vergangenen drei Jahren von 2600 auf mehr als 7000 fast verdreifacht habe, sei die Zahl der Salafisten in Bremen damit nahezu unverändert geblieben. Für Mäurer neben der Arbeit des Verfassungsschutzes auch ein Verdienst des in Bremen eingerichteten Beratungsnetzwerks „Kitab“, einer Erstanlaufstelle für Hilfesuchende.

Ein zentrales Problem sieht Mäurer in der Frage, wie mit denen umgegangen wird, die aus den Kampfgebieten nach Bremen zurückkehren. Zwischenzeitlich sei bundesweit ein Drittel wieder in Deutschland, davon sieben Erwachsene und Ju-

gendliche sowie drei Kinder in Bremen. „Der eine oder andere Rückkehrer mag ja zur Vernunft gekommen sein, aber was machen wir mit denen, die radikalisiert zurückkommen?“, fragte Mäurer und sprach in diesem Zusammenhang von einem „extremen Personalaufwand“.

Ein weiterer Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes war 2014 der Rechtsextremismus. Zwar sei kein Zuwachs im organisierten Bereich festzustellen, sehr wohl aber im aktionsorientierten Bereich bei den Sympathisanten und deren Aktionen, wie etwa den Hooligans. Zudem habe sich der harte Kern der Rechtsextremisten verfestigt und werde zunehmend radikaler und gewalttätiger. Dies spiegelt sich auch im Anstieg der rechtsextremistischen Delikte wider: 142 Straftaten stehen für 2014 zu Buche, im Jahr davor waren es 115. Bei der politisch motivierten linken Kriminalität sei dagegen ein starker Rückgang zu verzeichnen. Hier registrierte das Landesamt im vergangenen Jahr 77 Straftaten, 2013 waren es 116.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7



Den kompletten Verfassungsschutzbericht können Sie als PDF downloaden, wenn Sie das Bild scannen.